

NRW. Natürlich gerecht.

Landeswahlprogramm zur Landtagswahl 2027

ÖDP Nordrhein-Westfalen – umfassendes Positionspapier

Präambel

Nordrhein-Westfalen steht vor tiefgreifenden Herausforderungen. Als bevölkerungsreichstes Bundesland Deutschlands vereint es industrielle Stärke, landwirtschaftliche Vielfalt und hochverdichtete Ballungsräume auf engem Raum. Diese besondere Struktur ist Chance und Belastung zugleich.

Vermehrte Wasserknappheit, Extremwetterereignisse und steigende Umweltbelastungen treffen auf soziale Herausforderungen wie steigende Mieten, ungleiche Bildungschancen und strukturelle Veränderungen in Industrie- und Kohleregionen.

Gleichzeitig wächst das Bedürfnis nach Sicherheit, Verlässlichkeit und funktionierenden staatlichen Strukturen.

Die bisherigen politischen Ansätze greifen zu kurz. Nordrhein-Westfalen braucht eine Politik, die ökologische Grenzen anerkennt, soziale Stabilität sichert und wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig gestaltet.

Wir stehen für eine Politik, die langfristig denkt, Verantwortung übernimmt und den Menschen ebenso in den Mittelpunkt stellt wie den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

1. Wasser schützen – Lebensgrundlagen sichern

Wasser ist die Grundlage allen Lebens. Es ist unverzichtbar für die Versorgung der Bevölkerung, für Landwirtschaft und Industrie sowie für stabile Ökosysteme. In Nordrhein-Westfalen gerät diese zentrale Ressource zunehmend unter Druck.

In vielen Regionen, insbesondere in Ostwestfalen, im Münsterland und im Rheinland, sinken die Grundwasserspiegel. Gleichzeitig nehmen Nutzungskonflikte zu. Landwirtschaft, Industrie, Trinkwasserversorgung und Rohstoffgewinnung stehen in direkter Konkurrenz zueinander.

Eine verantwortungsvolle Wasserpolitik muss diese Konflikte lösen, ohne einseitige Schuldzuweisungen vorzunehmen.

Die Trinkwasserversorgung hat dabei oberste Priorität. Wasser ist kein beliebig verfügbares Gut, sondern eine begrenzte Ressource. Wir setzen uns für regionale Wassernutzungskonzepte ein, die den tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort gerecht werden und eine nachhaltige Nutzung sicherstellen.

Gleichzeitig müssen die Ursachen für Belastungen von Grund- und Oberflächenwasser differenziert untersucht werden. Hohe Nitratwerte, PFAS-Belastungen und Rückstände weiterer Stoffe sind ernstzunehmende Probleme. Ihre Ursachen sind jedoch komplex und dürfen nicht pauschal einzelnen Bereichen zugeschrieben werden.

Wir fordern unabhängige wissenschaftliche Untersuchungen, transparente Messprogramme und eine klare Trennung zwischen historischen Altlasten und aktuellen Einträgen. Nur auf dieser Grundlage lassen sich wirksame und faire Maßnahmen entwickeln.

Die Landwirtschaft ist dabei ein zentraler Partner. Sie ist nicht Teil des Problems, sondern Teil der Lösung. Wasserschutz kann nur gemeinsam mit den landwirtschaftlichen Betrieben gelingen. Regionale Unterschiede in Boden, Wetter und Topographie müssen stärker berücksichtigt werden. Pauschale Vorgaben sind durch flexible, praxisnahe Lösungen zu ersetzen.

Nordrhein-Westfalen trägt zudem die Last seiner industriellen Vergangenheit. Grubenwasser aus dem Steinkohlebergbau, Altlasten aus Chemie- und Stahlindustrie sowie langfristige Umweltbelastungen stellen dauerhafte Herausforderungen dar. Hier gilt das klare Prinzip: Der Verursacher muss für sämtliche entstandenen Schäden und Folgemaßnahmen aufkommen. Die Kosten dürfen nicht dauerhaft von der Allgemeinheit getragen werden.

Die Flutkatastrophe im Jahr 2021 hat deutlich gezeigt, welche Folgen fehlende Vorsorge haben kann. Gleichzeitig nehmen Trockenperioden zu. Wasserpolitik muss daher Hochwasserschutz und Wasserspeicherung gemeinsam denken.

Wir setzen auf Renaturierung von Flüssen, Rückgewinnung von Überschwemmungsflächen, Entsiegelung und die konsequente Umsetzung des Schwammstadt-Prinzips. Städte müssen künftig Wasser aufnehmen, speichern und wieder nutzbar machen.

Besondere Aufmerksamkeit gilt den geplanten Tagebauseen im Rheinischen Revier. Die Verfüllung ehemaliger Tagebaue mit Wasser stellt einen massiven Eingriff in den Wasserhaushalt dar. Die langfristigen Auswirkungen auf Grundwasser, Flusssysteme und Ökologie sind bislang nicht ausreichend geklärt.

Wir fordern eine kritische Prüfung dieser Vorhaben. Naturschutz und langfristige Stabilität müssen Vorrang vor touristischen Interessen haben. Alternative Entwicklungsmodelle sind ernsthaft zu prüfen.

Wasser ist ein öffentliches Gut und Grundlage unseres Lebens. Sein Schutz ist eine zentrale Aufgabe verantwortungsvoller Politik. Wasserversorgung gehört nicht in die Hand von Konzernen.

2. Flächen intelligent nutzen – Energie, Wasser und Klima verbinden

Nordrhein-Westfalen ist das am dichtesten besiedelte Flächenland Deutschlands. Täglich gehen wertvolle Flächen durch Bebauung und Versiegelung verloren. Gleichzeitig bleiben bestehende Flächen in vielen Fällen unzureichend genutzt.

Eine nachhaltige Flächenpolitik muss diesen Trend umkehren.

Der Grundsatz lautet: Innenentwicklung vor Außenentwicklung. Bestehende Flächen müssen besser genutzt werden, bevor neue Flächen in Anspruch genommen werden. Industriebrachen, Konversionsflächen und leerstehende Gebäude bieten erhebliche Potenziale, die bislang nicht ausreichend genutzt werden.

Bei der Entwicklung solcher Flächen ist das Verursacherprinzip konsequent anzuwenden. Kosten für Bodensanierungen dürfen nicht auf Käufer oder Kommunen abgewälzt werden, sondern müssen von den Verantwortlichen getragen werden.

Ein zentrales Element moderner Flächenpolitik ist die Mehrfachnutzung. Flächen müssen künftig mehrere Funktionen erfüllen: Energieerzeugung, Wasserspeicherung, Klimaanpassung und Förderung der Biodiversität.

Großparkplätze, Gewerbeflächen und öffentliche Einrichtungen bieten hier erhebliche Potenziale. Photovoltaik, Dach- und Fassadenbegrünung sowie Regenwassermanagement müssen stärker miteinander kombiniert werden.

Der Ausbau von Photovoltaik ist ein zentraler Bestandteil der Energiewende. Verpflichtungen zur Nutzung müssen jedoch realistisch gestaltet werden. Eine Photovoltaikpflicht kann nur dort gelten, wo eine geeignete Netzinfrastruktur vorhanden ist. Gleichzeitig muss bei Neubauten bereits die Grundlage für eine spätere Nachrüstung geschaffen werden.

Der Ausbau der Stromnetze muss parallel erfolgen. Energieerzeugung und Infrastruktur müssen gemeinsam geplant werden.

Regenwasser ist eine wertvolle Ressource. Zisternensysteme, kommunale Niederschlagswasserkonzepte und die Nutzung von Grauwasser können dazu beitragen, Wasser effizienter zu nutzen und Städte klimaresilienter zu machen.

Nachhaltiges Bauen muss wirtschaftlich attraktiver werden. Förderprogramme, steuerliche Anreize und gezielte Unterstützung ökologischer Bauweisen sind notwendig, um nachhaltige Lösungen gegenüber konventionellen Bauformen zu stärken.

Auch die Energiegewinnung muss breiter gedacht werden. Neben Solar- und Windenergie bietet die Nutzung von Wasser zusätzliche Potenziale. Wasserkraft kann in Kombination mit Wasserstoffproduktion zur regionalen Energieversorgung beitragen, insbesondere im öffentlichen Nahverkehr.

Die Landwirtschaft kann ebenfalls eine wichtige Rolle spielen. Biogasanlagen ermöglichen die Nutzung von Reststoffen und schaffen zusätzliche Einkommensmöglichkeiten. In Kombination mit Wasserstofftechnologien ergeben sich neue Perspektiven, etwa für den Einsatz in landwirtschaftlichen Maschinen.

Unser Ziel ist eine dezentrale Energieversorgung, die regionale Wertschöpfung stärkt und Abhängigkeiten reduziert.

3. Wohnen – bezahlbar, sozial und nachhaltig

Bezahlbarer Wohnraum ist in Nordrhein-Westfalen zu einer der drängendsten sozialen Fragen geworden. In vielen Städten steigen die Mieten seit Jahren deutlich schneller als die Einkommen. Gleichzeitig fehlt es insbesondere für Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen an ausreichendem Wohnraum.

Diese Entwicklung gefährdet den sozialen Zusammenhalt und führt zunehmend zu Verdrängungseffekten in den Städten. Wohnen darf jedoch kein Spekulationsobjekt sein, sondern ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Wir setzen uns deshalb für einen grundlegenden Kurswechsel in der Wohnungspolitik ein.

Ziel ist der Aufbau eines dauerhaft gemeinwohlorientierten Wohnungsbestandes. Kommunale Wohnungsbaugesellschaften und genossenschaftliche Modelle müssen wieder eine zentrale Rolle spielen. Wohnraum darf nicht nach wenigen Jahren aus der Sozialbindung fallen, sondern muss langfristig bezahlbar bleiben.

Ein Landeswohnungsfonds kann hierbei ein entscheidendes Instrument sein. Er soll Kommunen dabei unterstützen, Grundstücke zu erwerben, eigene Wohnungsbestände aufzubauen und gemeinwohlorientierte Projekte zu fördern. Damit wird öffentlicher Einfluss auf den Wohnungsmarkt gestärkt und die Abhängigkeit von renditeorientierten Investoren reduziert.

Gleichzeitig müssen Städte und Gemeinden wieder stärker in die Lage versetzt werden, aktiv in den Wohnungsmarkt einzugreifen. Ein gestärktes kommunales Vorkaufsrecht ermöglicht es, strategisch wichtige Flächen zu sichern und einer nachhaltigen Nutzung zuzuführen.

Die Verbindung von Klimaschutz und sozialer Verantwortung ist dabei von zentraler Bedeutung. Energetische Sanierungen sind notwendig, dürfen jedoch nicht zu steigenden Mieten und zur Verdrängung von Bewohnern führen. Klimapolitik im Gebäudebereich muss sozialverträglich gestaltet werden.

Ein weiteres zentrales Problem stellt die zunehmende Komplexität des Baurechts dar. Gerade im Bestand werden sinnvolle Maßnahmen wie Aufstockungen, Dachausbauten oder barrierefreie Umbauten durch bürokratische Hürden erschwert. Wir setzen uns daher für eine gezielte Entbürokratisierung ein, die insbesondere im Bestand mehr Flexibilität ermöglicht.

Ziel ist ein Wohnungsmarkt, der bezahlbar, sozial gerecht und ökologisch zukunftsfähig ist.

4. Mobilität und Lebensqualität sichern

Mobilität ist eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und wirtschaftliche Entwicklung. Gleichzeitig ist der Verkehrssektor in Nordrhein-Westfalen eine der größten Belastungsquellen für Umwelt und Lebensqualität.

Staus, Luftverschmutzung, Lärm und Flächenverbrauch prägen den Alltag vieler Menschen, insbesondere in den Ballungsräumen. Gleichzeitig sind ländliche Regionen häufig unzureichend angebunden und stark vom Individualverkehr abhängig.

Eine zukunftsfähige Mobilitätspolitik muss diese Herausforderungen gemeinsam betrachten.

Wir setzen auf einen leistungsfähigen öffentlichen Nahverkehr, der zuverlässig, bezahlbar und flächendeckend verfügbar ist. Besonders in ländlichen Regionen müssen Angebote deutlich verbessert werden, um echte Alternativen zum Individualverkehr zu schaffen.

Gleichzeitig müssen bestehende Verkehrssysteme effizienter genutzt werden. Die Förderung von Homeoffice kann einen wichtigen Beitrag zur Entlastung von Infrastruktur und Umwelt leisten. Unternehmen sollen dabei unterstützt werden, nachhaltige Arbeitsmodelle zu etablieren.

Ein zentraler Aspekt der Mobilitätspolitik ist der Schutz der Gesundheit. Lärmemissionen stellen eine erhebliche Belastung dar und wirken sich negativ auf Lebensqualität und Gesundheit aus. Der Schutz vor Verkehrslärm muss daher deutlich gestärkt werden.

Dazu gehört auch der Erhalt des Nachtflugverbots. Eine Aufweichung würde zusätzliche Belastungen für die Bevölkerung bedeuten und ist aus gesundheitlicher Sicht nicht vertretbar.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist der Umgang mit Feuerwerk. Feuerwerkskörper führen jedes Jahr zu erheblichen Belastungen für Umwelt, Tiere und Menschen. Gleichzeitig binden sie erhebliche Kapazitäten bei Rettungsdiensten und Sicherheitsbehörden. Wir setzen uns daher für ein landesweites Böllerverbot ein.

Mobilitätspolitik ist immer auch Lebensqualitätspolitik. Ziel ist ein System, das Menschen verbindet, ohne sie zu belasten.

5. Bildung, Jugend und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Bildung ist die Grundlage für eine stabile und gerechte Gesellschaft. Sie entscheidet über individuelle Chancen, wirtschaftliche Entwicklung und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

In Nordrhein-Westfalen zeigt sich jedoch eine zunehmende Ungleichheit im Bildungssystem. Soziale Herkunft hat nach wie vor einen erheblichen Einfluss auf Bildungschancen.

Wir setzen uns für ein Bildungssystem ein, das allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihrer Herkunft gleiche Möglichkeiten bietet.

Ein zentraler Baustein ist der Ausbau der frühkindlichen Bildung. Gute Betreuung in Kitas legt den Grundstein für den weiteren Bildungsweg. Dafür braucht es ausreichend Plätze, bessere Arbeitsbedingungen für Fachkräfte und kleinere Gruppen.

Familien leisten einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Gesellschaft. Auch wenn zentrale finanzielle Leistungen auf Bundesebene geregelt werden müssen, sehen wir das Land in der Verantwortung, Familien durch verlässliche Betreuungsangebote und unterstützende Strukturen zu stärken.

Im schulischen Bereich setzen wir uns für eine stärkere Ausrichtung auf gemeinsame Werte und gesellschaftliche Verantwortung ein. Bildung muss mehr sein als reine Wissensvermittlung. Sie muss Orientierung geben und soziale Kompetenzen fördern.

Außerdem sollte der Unterricht unterhalb der gymnasialen Oberstufe deutlich praxis- und lebenspraktischer ausgerichtet werden.

Wir befürworten eine Weiterentwicklung des Religionsunterrichts hin zu einem gemeinsamen, weltanschaulich offenen Fach, das ethische, philosophische und gesellschaftliche Fragestellungen behandelt. Religiöse Bildung bleibt dabei Aufgabe der Religionsgemeinschaften außerhalb des staatlichen Pflichtunterrichts.

Schule soll eher die Aufgabe der kritischen Auseinandersetzung mit Religionen sein, als konfessionelle Lehre vertiefen.

Gesundheit und Ernährung sind ebenfalls wichtige Bestandteile schulischer Bildung. Eine nachhaltige, vorzugsweise vegetarische Gemeinschaftsverpflegung in öffentlichen Einrichtungen kann einen wichtigen Beitrag leisten. Gleichzeitig müssen Bewegung und sportliche Aktivitäten stärker gefördert werden. Der Schwimmunterricht ist dabei ein zentraler Bestandteil der Grundbildung.

Jugendarbeit ist ein unverzichtbarer Bestandteil präventiver Sozialpolitik. Jugendtreffs, Streetwork und kulturelle Angebote fördern soziale Kompetenzen und bieten Orientierung. Gerade in belasteten Regionen sind solche Angebote entscheidend, um Perspektiven zu schaffen und Radikalisierung vorzubeugen.

Bildungspolitik ist Gesellschaftspolitik. Sie entscheidet über die Zukunft unseres Landes.

6. Landwirtschaft, Natur und regionale Wirtschaft

Die Landwirtschaft ist ein zentraler Bestandteil Nordrhein-Westfalens. Sie prägt nicht nur die wirtschaftliche Struktur vieler Regionen, sondern auch unsere Kulturlandschaft und unser gesellschaftliches Leben.

Gleichzeitig steht die Landwirtschaft unter erheblichem Druck. Wirtschaftliche Zwänge, steigende Anforderungen und gesellschaftliche Erwartungen führen zu Spannungen, die eine differenzierte politische Antwort erfordern.

Wir setzen auf eine Landwirtschaftspolitik, die Kooperation in den Mittelpunkt stellt. Landwirtschaft ist nicht Teil des Problems, sondern Teil der Lösung.

Gleichzeitig ist eine Weiterentwicklung notwendig. Eine rein auf Massenproduktion ausgerichtete Landwirtschaft führt langfristig zu ökologischen Belastungen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten. Ziel muss eine qualitativ hochwertige, nachhaltige Produktion sein, die sowohl ökologische als auch gesundheitliche Aspekte berücksichtigt.

Wir setzen uns daher für eine gezielte Förderung von Umstellungen ein. Maßnahmen zur Verbesserung der Bodenqualität, zur Förderung der Biodiversität und zur Reduzierung von Umweltbelastungen müssen stärker unterstützt werden.

Diese Transformation darf jedoch nicht dogmatisch erfolgen. Sie muss praxisnah gestaltet werden und den landwirtschaftlichen Betrieben Planungssicherheit bieten. Wirtschaftliche Tragfähigkeit und ökologische Verantwortung müssen miteinander in Einklang gebracht werden.

Regionale Wirtschaftskreisläufe spielen dabei eine zentrale Rolle. Kurze Wege, direkte Vermarktung und eine stärkere Verbindung zwischen Erzeugern und Verbrauchern können sowohl ökologische als auch wirtschaftliche Vorteile schaffen.

Die Landwirtschaft kann darüber hinaus eine wichtige Rolle in der Energieversorgung übernehmen. Biogas, Reststoffnutzung und dezentrale Energieproduktion bieten neue Perspektiven und stärken die regionale Wertschöpfung.

Unser Ziel ist eine Landwirtschaft, die wirtschaftlich tragfähig ist, ökologische Verantwortung übernimmt und zur Stabilität ländlicher Räume beiträgt.

7. Strukturwandel aktiv gestalten

Nordrhein-Westfalen befindet sich in einem tiefgreifenden Strukturwandel. Der Ausstieg aus der Kohle, Veränderungen in der Industrie und technologische Entwicklungen stellen viele Regionen vor große Herausforderungen.

Dieser Wandel muss aktiv gestaltet werden. Es reicht nicht aus, bestehende Strukturen zu verwalten. Neue Perspektiven müssen geschaffen werden.

Wir setzen auf eine wirtschaftliche Entwicklung, die Innovation und Nachhaltigkeit miteinander verbindet. Neue Arbeitsplätze müssen dort entstehen, wo alte Strukturen wegfallen. Gleichzeitig müssen bestehende Kompetenzen genutzt und weiterentwickelt werden.

Ein zentrales Thema bleibt der Umgang mit Altlasten aus der industriellen Vergangenheit. Die langfristige Sicherung der Grubenwasserhaltung sowie die Sanierung belasteter Flächen sind Daueraufgaben, die verlässlich nach dem Verursacherprinzip finanziert werden müssen.

Der Strukturwandel bietet Chancen. Nordrhein-Westfalen kann Vorreiter für nachhaltige Industrie und innovative Technologien werden. Voraussetzung ist eine klare politische Strategie, die ökologische und wirtschaftliche Ziele miteinander verbindet.

8. Innere Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit

Innere Sicherheit ist eine der zentralen Aufgaben des Staates. Sie ist Voraussetzung für Freiheit, Vertrauen und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ein funktionierender Rechtsstaat schützt die Menschen, schafft Verlässlichkeit und sorgt dafür, dass Konflikte auf der Grundlage klarer Regeln gelöst werden.

Nordrhein-Westfalen braucht einen Staat, der handlungsfähig ist und seine Aufgaben konsequent erfüllt. Sicherheit entsteht dort, wo Gesetze gelten und ihre Einhaltung verlässlich durchgesetzt wird.

Wir setzen uns daher für eine deutliche Stärkung der staatlichen Sicherheitsstrukturen ein. Polizei und Justiz müssen personell, technisch und organisatorisch so ausgestattet sein, dass sie ihre Aufgaben wirksam erfüllen können. Moderne Ausrüstung, digitale Vernetzung und klare Zuständigkeiten sind dabei ebenso notwendig wie ausreichend qualifiziertes Personal.

Ein besonderes Problem stellt die Dauer vieler Verfahren dar. Langwierige Ermittlungen und Gerichtsverfahren schwächen das Vertrauen in den Rechtsstaat. Deshalb setzen wir uns für eine Beschleunigung von Verfahren sowie für effizientere Abläufe zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten ein.

Ein funktionierender Rechtsstaat lebt von Klarheit und Verlässlichkeit. Regeln müssen für alle gleichermaßen gelten und konsequent angewendet werden. Es darf keine rechtsfreien Räume geben.

Besondere Aufmerksamkeit gilt der Bekämpfung organisierter Kriminalität. Kriminelle Netzwerke untergraben staatliche Strukturen und gefährden die öffentliche Ordnung. Sie müssen konsequent verfolgt und in ihren wirtschaftlichen Grundlagen getroffen werden. Die Abschöpfung illegal erworbener Vermögenswerte ist dabei ein zentrales Instrument.

Darüber hinaus müssen bekannte Problembereiche regelmäßig kontrolliert werden. Eine enge Zusammenarbeit von Polizei, Justiz und Finanzbehörden ist notwendig, um kriminelle Strukturen nachhaltig zu zerschlagen.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf Intensiv- und Mehrfachtätern. Straftaten dürfen nicht folgenlos bleiben. Wer wiederholt oder schwer straffällig wird, muss mit klaren und spürbaren Konsequenzen rechnen. Sanktionen dienen dabei sowohl dem Schutz der Allgemeinheit als auch der Möglichkeit zur Wiedereingliederung unter klaren Bedingungen.

Innere Sicherheit endet jedoch nicht bei der Strafverfolgung. Prävention ist ein zentraler Bestandteil einer nachhaltigen Sicherheitspolitik. Kriminalität entsteht häufig dort, wo soziale Perspektiven fehlen, Bildungsangebote unzureichend sind oder staatliche Strukturen zu spät greifen.

Wir setzen deshalb auf den Ausbau von Jugend- und Sozialarbeit, insbesondere in belasteten Stadtteilen. Frühzeitige Intervention, enge Zusammenarbeit zwischen Schulen, Jugendhilfe und Sicherheitsbehörden sowie gezielte Unterstützungsangebote können dazu beitragen, problematische Entwicklungen zu verhindern.

Der Schutz von Frauen und Kindern vor Gewalt hat dabei besondere Priorität. Hier braucht es verlässliche Hilfsstrukturen, ausreichende Kapazitäten und konsequente staatliche Unterstützung.

Der Rechtsstaat ist die wichtigste Grundlage unserer Demokratie. Er muss handlungsfähig, gerecht und verlässlich sein. Nur so entsteht Vertrauen in staatliche Institutionen und Stabilität in der Gesellschaft.

9. Migration, Integration und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Nordrhein-Westfalen ist seit Jahrzehnten ein Einwanderungsland. Migration prägt unser Land wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell. Sie ist Teil unserer Realität und trägt zur Vielfalt und Entwicklung unserer Gesellschaft bei.

Gleichzeitig stellt Migration Staat und Kommunen vor konkrete Herausforderungen. Eine verantwortungsvolle Politik muss diese Realität anerkennen und aktiv gestalten.

Unser Ziel ist eine Migrationspolitik, die Humanität mit Ordnung verbindet, Integration verbindlich gestaltet und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt.

Migration muss gesteuert, organisiert und dazu auch begrenzt werden. Nordrhein-Westfalen steht aufgrund seiner Größe und wirtschaftlichen Bedeutung unter besonderem Druck. Hohe Zuwanderungszahlen treffen auf begrenzte Wohnkapazitäten, angespannte kommunale Haushalte und unterschiedliche Integrationsmöglichkeiten vor Ort.

Deshalb ist es notwendig, staatliche Verfahren effizienter zu gestalten und besser aufeinander abzustimmen. Erstaufnahme, Verteilung und Integration müssen stärker koordiniert werden. Dabei müssen die tatsächlichen Möglichkeiten der Kommunen berücksichtigt werden, um Überlastungen zu vermeiden und Integration erfolgreich zu gestalten.

Integration ist die zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Sie ist kein freiwilliges Zusatzangebot, sondern ein verbindlicher Prozess, der beidseitige Mitwirkung erfordert. So fordern wir eine verbindliche Teilnahme an Sprach- und Integrationsmaßnahmen, dazugehörend eine Vermittlung von Rechtsstaatlichkeit, Gleichberechtigung und gesellschaftlichen Grundwerten als Basis für den Integrationsprozess.

Sprachkenntnisse, Zugang zu Bildung und Arbeit sowie die Orientierung an den grundlegenden Werten unserer Gesellschaft bilden die Basis für ein funktionierendes Zusammenleben. Integration gelingt dort, wo Menschen die Möglichkeit erhalten, sich einzubringen, Verantwortung zu übernehmen und Perspektiven zu entwickeln.

Deshalb ist es entscheidend, Integration von Anfang an aktiv zu gestalten. Menschen, die nach Nordrhein-Westfalen kommen, sollen frühzeitig Zugang zu Bildung und Beschäftigung erhalten. Die Anerkennung von Qualifikationen muss beschleunigt und unbürokratischer gestaltet werden. Übergangsmodelle zwischen Qualifizierung und praktischer Tätigkeit können dabei helfen, vorhandene Fähigkeiten gezielt einzusetzen.

Lange Phasen der Untätigkeit wirken integrationshemmend und führen zu gesellschaftlichen Spannungen. Sie müssen vermieden werden.

Auch dort, wo ein direkter Zugang zum Arbeitsmarkt zunächst nicht möglich ist, kann Integration aktiv gestaltet werden. Gemeinwohlorientierte Tätigkeiten bieten die Möglichkeit,

gesellschaftliche Strukturen kennenzulernen und sich einzubringen. Sie fördern Verantwortung und stärken das Verständnis für das Gemeinwesen.

Eine offene Gesellschaft braucht Toleranz, aber auch gemeinsame Grundlagen. Integration bedeutet nicht Aufgabe der eigenen Identität, sondern das Zusammenleben auf Basis gemeinsamer Regeln und Werte.

Diese Grundlagen umfassen insbesondere Gleichberechtigung, gegenseitigen Respekt und die Anerkennung der gesellschaftlichen Ordnung. Sie gelten für alle Menschen gleichermaßen und bilden das Fundament unseres Zusammenlebens.

Ein besonderer Fokus liegt auf dem gesellschaftlichen Zusammenhalt. Integration ist keine Einbahnstraße, sondern ein wechselseitiger Prozess. Sie erfordert Offenheit und Unterstützung ebenso wie Bereitschaft zur Mitwirkung.

Menschen mit Migrationsgeschichte, die sich integriert haben und ihren Beitrag leisten, sind ein selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft. Sie tragen in vielen Bereichen Verantwortung und stärken unser Gemeinwesen.

Es ist daher ebenso wichtig, sie vor Diskriminierung zu schützen, wie Integration aktiv zu fördern und einzufordern.

Gleichzeitig müssen strukturelle Herausforderungen offen benannt werden. Integration kann nur gelingen, wenn ausreichende Ressourcen zur Verfügung stehen, wenn Bildungssysteme funktionieren und wenn Kommunen handlungsfähig bleiben.

Nordrhein-Westfalen trägt darüber hinaus auch Verantwortung über die Landesgrenzen hinaus. Migration lässt sich langfristig nur durch die Bekämpfung von Fluchtursachen, faire wirtschaftliche Beziehungen und nachhaltige Entwicklungspolitik beeinflussen.

Unser Ziel ist eine Migrationspolitik, die realistisch, verantwortungsvoll und zukunftsorientiert ist. Eine Politik, die Integration ermöglicht, den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt und die Leistungsfähigkeit unseres Landes erhält.

10. Rechte der Natur – Grundlage unserer Zukunft

Die natürlichen Lebensgrundlagen sind die Voraussetzung allen Lebens. Wasser, Boden, Luft, Tiere und Pflanzen bilden die Basis unserer Existenz und unseres wirtschaftlichen Handelns. Dennoch werden sie in politischen Entscheidungen häufig nur als Ressourcen betrachtet, die genutzt, verwertet und wirtschaftlich ausgebeutet werden können.

Diese Sichtweise greift zu kurz.

Wir stehen für ein erweitertes Verständnis von Natur:

Natur ist nicht nur Lebensgrundlage des Menschen – sie hat einen eigenen Wert.

Dieser Wert besteht unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Nutzung. Er ergibt sich aus der Tatsache, dass funktionierende Ökosysteme die Voraussetzung für alles Leben sind – auch für das menschliche.

Die bisherigen Instrumente des Umwelt- und Naturschutzes stoßen zunehmend an ihre Grenzen. In vielen Fällen wird Natur erst dann geschützt, wenn Schäden bereits eingetreten

sind. Eingriffe werden erlaubt, solange sie wirtschaftlich begründbar erscheinen, während langfristige ökologische Folgen nicht ausreichend berücksichtigt werden.

Wir wollen diesen Ansatz weiterentwickeln.

International entstehen neue rechtliche und politische Konzepte, die Natur nicht mehr ausschließlich als Schutzobjekt betrachten, sondern ihr eine stärkere eigenständige Stellung einräumen. In einigen Ländern wurden Flüsse, Wälder oder ganze Ökosysteme mit eigenen Rechten ausgestattet, um ihren Schutz wirksamer durchzusetzen.

Diese Entwicklungen zeigen: Es ist möglich, Umwelt- und Naturschutz strukturell zu stärken und nicht nur reaktiv zu betreiben.

Wir setzen uns dafür ein, diese Ansätze für Nordrhein-Westfalen und Deutschland zu prüfen und weiterzuentwickeln.

Das bedeutet konkret:

Der Schutz von Natur und Umwelt muss bei politischen Entscheidungen ein deutlich stärkeres Gewicht erhalten. Eingriffe in Ökosysteme dürfen nicht allein nach kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen bewertet werden, sondern müssen ihre langfristigen Folgen berücksichtigen.

Bestehende Umweltgesetze müssen konsequenter angewendet und durchgesetzt werden. Gleichzeitig müssen die Möglichkeiten erweitert werden, ökologische Interessen auch rechtlich stärker zu vertreten.

Dazu gehört auch eine Stärkung von Klagerechten im Umwelt- und Naturschutz sowie eine bessere Ausstattung der zuständigen Behörden.

Ein zentraler Aspekt ist die Generationengerechtigkeit. Politische Entscheidungen müssen sich daran messen lassen, welche Auswirkungen sie auf zukünftige Generationen haben. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist keine Aufgabe für einzelne Politikbereiche, sondern muss Grundlage allen staatlichen Handelns sein.

Gerade in Nordrhein-Westfalen zeigt sich, wie eng wirtschaftliche Entwicklung und Umweltbelastung miteinander verbunden sind. Industrielle Nutzung, Flächenverbrauch, Wasserbelastung und Eingriffe in Landschaften haben langfristige Folgen, die oft erst verzögert sichtbar werden.

Deshalb ist es notwendig, Natur nicht nur zu verwalten, sondern aktiv zu schützen und zu bewahren.

Der Mensch ist Teil der Natur und trägt Verantwortung für ihren Erhalt. Eine nachhaltige Gesellschaft entsteht nur dann, wenn ökologische, soziale und wirtschaftliche Interessen in ein ausgewogenes Verhältnis gebracht werden.

Die Anerkennung der Rechte der Natur ist kein abstraktes Konzept. Sie ist Ausdruck eines grundlegenden Perspektivwechsels: weg von kurzfristiger Nutzung, hin zu langfristiger Verantwortung.

Nordrhein-Westfalen kann hier eine Vorreiterrolle übernehmen.

Für eine Politik, die die natürlichen Lebensgrundlagen nicht nur schützt, sondern als eigenständigen Wert anerkennt.

Jetzt ist die Zeit zu handeln

Nordrhein-Westfalen kann es sich nicht länger leisten, Probleme nur zu verwalten. Zu lange wurde auf Sicht gefahren, zu oft wurden notwendige Entscheidungen aufgeschoben oder verwässert.

Die Folgen sind sichtbar: steigender Druck auf unsere Wasserressourcen, zunehmende Flächenversiegelung, wachsende soziale Ungleichheit und ein Staat, der vielerorts an seine Grenzen stößt.

Wir sagen klar: So kann es nicht weitergehen.

Dieses Programm steht für einen politischen Richtungswechsel.

Für eine Politik, die Verantwortung übernimmt, statt auszuweichen.

Für klare Entscheidungen statt Kompromisse zulasten von Umwelt und Gesellschaft.

Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist keine Option, sondern Voraussetzung für alles Weitere. Wasser, Boden und Natur sind nicht verhandelbar. Wer sie zerstört, gefährdet die Zukunft unseres Landes.

Gleichzeitig braucht Nordrhein-Westfalen soziale Stabilität und einen Staat, der funktioniert. Bezahlbarer Wohnraum, faire Bildungschancen, sichere Lebensverhältnisse und klare Regeln sind keine Versprechen – sie sind staatlicher Auftrag.

Wir stehen für eine Politik, die beides zusammenführt:
ökologische Konsequenz und soziale Verantwortung.

Wir wollen eine Wirtschaft, die langfristig trägt, statt kurzfristig auszubeuten.

Wir wollen eine Landwirtschaft, die Qualität vor Masse stellt und im Einklang mit Natur und Gesundheit arbeitet.

Wir wollen Städte und Gemeinden, die lebenswert bleiben – für alle.

Und wir wollen einen Staat, der seine Regeln durchsetzt – verlässlich, gerecht und ohne Ansehen von Herkunft oder Status.

Nordrhein-Westfalen hat die Stärke, diesen Weg zu gehen.

Was bisher fehlt, ist der politische Wille, ihn konsequent umzusetzen.

Diesen Willen bringen wir mit.

Dieses Programm ist kein Kompromisspapier.

Es ist ein klarer Anspruch an die Zukunft unseres Landes.

NRW. Natürlich gerecht.

